

EU-ÖkoNews

Nr. 04 / 2006, Dezember 2006

Hiltrud Breyer MdEP

Liebe Leserinnen und Leser,

zum Jahresende hat das Europaparlament der Chemieindustrie ein vorzeitiges Weihnachtsgeschenk gemacht. Die Mogelpackung der neuen EU-Chemikalienverordnung ist ein fauler Kompromiss. Das Herzstück der verpflichtenden Substitution wurde herausgerissen. Menschen und Umwelt bleiben weiter einer schleichenden Vergiftung ausgesetzt und haben auch keine Möglichkeit, Politik mit dem Einkaufswagen zu machen.

Es gibt aber auch gute Nachrichten: Der Grundwasserschutz bekommt neuen Aufwind. Es ist rechtsverbindlich festgeschrieben, dass der Eintrag von Schadstoffen ins Grundwasser verhindert werden muss. Und auch Landwirte müssen sich ohne Ausnahmen an den Nitratobergrenzwert halten.

Die von der EU-Kommission vollzogene Kehrtwende für ein Handelsverbot von Hunde- und Katzenfellen war längst überfällig. Dies ist hoffentlich auch der Startschuss für Mindeststandards bei der Etikettierung von Pelzen. Am 1. Januar übernimmt Deutschland den Vorsitz der Europäischen Union. Die Bundesregierung hat sich umweltpolitisch hohe Ziele gesteckt. Wir werden genau hinschauen, ob sie ihren Worten auch Taten folgen lässt.

Ich wünsche Ihnen

Frohe Weihnachten

und ein gutes neues Jahr 2007

Hiltrud Breyer

Büro Brüssel

ASP 8 G 265, Rue Wiertz

B-1047 Brüssel

Tel. 00 32-2-2 84 52 87

Fax 00 32-2-2 84 92 87

NEU: hiltrud.breyer@europarl.europa.eu

NEU: www.hiltrud-breyer.eu

► Aktuell: Chemikalien- und Atompolitik

- EP- Mogelpackung zu REACH
- 20 Jahre Cattenom – Eine permanente Provokation **S.2**

► Berichte

- Verschmutzung des Grundwassers klärt sich
- EU-Parlament für Verbot von PFOS
- EU Quecksilberverbot in weiter Ferne **S.3**

► Aus dem Parlament / Kurzmeldungen

- Keine Zulassung für Gentech-Kartoffel
- EU-Handelsverbot für Hunde- und Katzenfelle
- Klimaschutz in der Energiepolitik
- EU-Abfallrichtlinien
- Legionellen-Problem in Atomanlagen **S.4**

► Hinweise / Termine / Money, Money, Money **S.5**

Neue Webseite: www.hiltrud-breyer.eu:

- Positionspapiere zur EU-Abfallpolitik
- Neues Faltblatt zu Klimawandel
- Artikel zur EU-Chemikalienverordnung

Herausgeberin: Hiltrud Breyer

Redaktion: Nadine Evers, Anne Stauffer

Die Grünen / EFA

im Europäischen Parlament





EP- Mogelpackung zu REACH

Es ist beschämend, dass das Europaparlament die EU-Chemikalienverordnung REACH zur Mogelpackung gemacht hat. Die giffreie Zukunft für Mensch und Umwelt in Europa ist damit in weite Ferne gerückt. Die Abgeordneten sind in die Knie gegangen vor dem Lobbydruck der europäischen Chemieindustrie. Die Verordnung ist ein fauler Kompromiss, der ganz klar die Handschrift der deutschen Chemieunternehmen trägt. Diese haben umfangreiche Zugeständnisse bekommen.

Nachdem das Europaparlament nun so lange für den Umwelt- und Verbraucherschutz geblinkt hatte, ist es auf den letzten Metern zur Chemieindustrie abgelenkt. Das Herzstück der verpflichtenden Substitution wurde herausgerissen. Es wird für Industrieunternehmen nur wenig Anreize geben, hochgefährliche Chemikalien durch harmlosere zu ersetzen. Es ist unverantwortlich, diesen Stoffen eine Autorisierung zu geben und sie am Markt zu belassen, selbst wenn es weniger schädliche machbare Alternativen gibt. Daher ist auch der geplante Substitutionsplan und adäquate Kontrolle reine Augenwischerei. Europäische Industriegifte werden weiter da auftauchen, wo sie nichts zu suchen haben, nämlich im Blut von Kinder und Erwachsenen, in der Muttermilch, im Trink- und Grundwasser und im Fettgewebe der Eisbären.

Es ist mehr als unverständlich, warum sich die Abgeordneten dem Diktat der Fraktion der Christdemokraten gebeugt haben. Eine Streichung der Forderungen, die die EPP in letzter Minute im Kompromiss durchgedrückt hatte, hätte kein Vermittlungsverfahren zur Folge gehabt. Denn bevor diese Verschlechterung eingebracht wurde, gab es eine Einigung zwischen Parlament und Rat.

Die Verordnung ist ein Hohn auf die Verbrauchertransparenz. Nur auf individuelle Anfrage können Verbraucher Auskunft über kanzerogene, erbgut- und fortpflanzungsschädigende Stoffe in Erzeugnissen erhalten (CMR Stoffe), Stoffe, die gar nicht erst in Erzeugnissen sein sollten. Bei weiteren toxischen Stoffen die z.B. leber- oder nervenschädigend wirken sind sie völlig entmündigt. Den Konsumenten wird das Recht verweigert, zu wissen was in ihren Konsumprodukten enthalten ist und Politik mit dem Einkaufswagen zu machen. Die Öffentlichkeit tappt möglicherweise auch im Dunkeln, wer die Mitglieder der zukünftigen EU-Chemikalienagentur sind und wie ihre Entscheidungen zustande kommen. Denn diese haben die Möglichkeit ihren Namen und finanziellen Interessen zu verbergen. Dies ist ein Unding und widerspricht dem Grundgedanken demokratischer Kontrolle.

Nicht wenige der Chemikalien in Industrieprodukten die mit REACH ihren Freifahrtschein behalten dürfen, haben verheerende Auswirkungen. Vor kurzem haben Wissenschaftler eine Liste vorgelegt mit 202 gebräuchlichen Industriechemikalien, die das Nervensystem und die geistige Entwicklung beeinträchtigen. Bei Kindern können diese Nervengifte in bestimmten Phasen der Hirnentwicklung zu unheilbaren Schäden führen. Ein Gehirn lässt sich nicht reparieren. Schon jetzt zeigt jedes sechste Kind Entwicklungsstörungen des Nervensystems wie Konzentrationsschwäche, Hyperaktivität bis hin zu Autismus - eine stille Pandemie.

Es bleibt die Hoffnung, dass der Groß- und Einzelhandel von sich aus Erzeugnisse mit hochgefährlichen Schadstoffen aus dem Sortiment nimmt, oder zumindest eine freiwillige Deklaration einführt. Ebenso bietet das gestartete parlamentarische Verfahren zur Pestizidgesetzgebung die Chance, die verpflichtende Substitution wieder ganz oben auf die Agenda zu setzen und die Verbraucher nicht noch mehr zu enttäuschen.

Mehr Infos: www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2006-0552+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

Studie zur Auswirkung von Chemikalien auf die Hirnentwicklung unter www.kevinleitch.co.uk/wp/wp-content/uploads/2006/11/chemicallist.pdf

20 Jahre Cattenom – Eine permanente Provokation

Cattenom, das Atomkraftwerk an der Mosel, konnte in diesem Herbst auf 20 Jahre Pleiten, Pech und Pannen zurückblicken. Am 14. November 1986 – ein halbes Jahr nach der Tschernobyl-Katastrophe - ging der erste Reaktor ans französische Stromnetz. Die Atomanlage war von Anfang an umstritten. Mit ihren vier Reaktorblöcken à 1.300 MW sprengte sie die Dimensionen „herkömmlicher“ Atomkraftwerksstandorte (Der größte deutsche Standort Biblis hat zwei Reaktoren à 1.250 MW). Aber auch in punkto Umwelt- und Strahlenbelastung schlug Cattenom traurige Rekorde. Seitens der französischen Behörden wurden um ein Mehrfaches höhere Grenzwerte für radioaktive Emissionen genehmigt, und auch die real gemessenen Abgabewerte stellen nahezu alle vergleichbaren deutschen Atomreaktoren in den Schatten. Hinzu kommt eine nicht enden wollende Kette von Vorkommnissen, die der INES-Störfallskala der Internationalen Atomenergiebehörde zugeordnet wurden. Trotzdem wird für das 20 Jahre alte Atomkraftwerk an der Mosel eine Verdreifachung der Betriebszeit nicht ausgeschlossen! Um der Sicherheit, Gesundheit und der Vorsorge für kommende Generationen willen brauchen wir ein atomstromfreies Europa. Die Einstellung der überdimensionierten Euratom-Forschungsförderung, der Abbau staatlicher Subventionen und die Durchsetzung eines realen Wettbewerbs im Energiesektor würden die Nutzung der Atomkraft europaweit schnell obsolet werden lassen.

Die Dokumentation „20 Jahre Cattenom – 30 Jahre Widerstand“ wurde zusammengestellt von Ewald Adams, Mitarbeiter im Wahlkreisbüro von Hiltrud Breyer. Sie kann bezogen werden über www.hiltrud-breyer.eu



Verschmutzung des Grundwassers klärt sich

Es ist ein Riesenerfolg, dass das Europaparlament den Grundwasserschutz nicht verwässert hat, aber die gemachten Vorschläge sind nur der erste Schritt in die richtige Richtung. In Europa werden mancherorts 80 bis 100 Prozent des Trinkwassers aus Grundwasser gewonnen. Aber 40 Prozent des Grundwassers ist bereits verschmutzt. Es ist deshalb ein Fortschritt, dass die Grundwasser-Richtlinie nun die rechtsverbindliche Forderung enthält, den Eintrag von Schadstoffen ins Grundwasser zu verhindern. Dies ist hoffentlich der Ausgangspunkt für strikte und effiziente Maßnahmen beim nachhaltigen Wasserschutz.

Erfreulicherweise hat das Europaparlament die Einkaufsliste der Ausnahmen aus der zweiten Lesung zusammengestrichen. Die faulen Ausreden für die Landwirtschaft bei Obergrenzen für Nitrat sind vom Tisch. Auch die Landwirte müssen sich an den unambitionierten Grenzwert von 50 mg / Liter halten. Das mit Krebs in Verbindung gebrachte Nitrat wurde in Deutschland im Grundwasser bis zum Siebenfachen des zulässigen Höchstwerts gefunden. Damit unsere kostbarste Ressource wirksam geschützt ist bräuchten wir eigentlich einen Grenzwert von unter 25 mg / Liter. Die Verschmutzung durch Nitrat ist weiterhin das größte und kostspieligste Problem für den europäischen Grundwasserschutz. Es ist ein schweres Versäumnis, dass weder Europaparlament noch Rat die Chance genutzt haben, einen strengen Nitratschutzwert zu verankern.

Ein großartiger Sieg über die Lobbyinteressen der Landwirte ist, dass festgehalten wird, dass das Grundwasser an sich zu schützen ist. Denn vorsorgender Grundwasserschutz ist zehnmal günstiger als nachsorgende Maßnahmen, die in vielen Fällen unmöglich sind.

Mehr Infos: www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2006-0543+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

EU-Parlament für Verbot von PFOS

Das Verbot von Perfluorooctansulfonaten (PFOS) ist ein hervorragender Erfolg. Skandale wie der um PFOS / PFOA-verseuchtes Trinkwasser in Deutschland gehören damit hoffentlich der Vergangenheit an. Aufgrund ihrer langen Haltbarkeit sind PFOS eine tickende Zeitbombe mit krebserregender und erbgutschädigender Wirkung. Das Europaparlament hat unterstrichen, dass Mensch und Umwelt kein Sondermülldepot sind. Sowohl in heimischen als auch in importierten Alltagsprodukten wie Textilien, Teppichen, Ledermöbeln, Kosmetik und Verpackungen werden PFOS nun verboten. Sie dürfen nur noch angewendet werden, wenn keine ungefährlicheren Alternativen zur Verfügung stehen. Damit werden den Verbrauchern nicht länger Giftstoffe durch den Import von Produkten untergemogelt. Die Abstimmung ist ein Leuchtturm für die EU-Chemikalienpolitik. Die Abgeordneten haben den Vorschlag der EU-Kommission mit Leben gefüllt. Ursprünglich war nur vorgesehen, solche PFOS-Anwendungen zu verbieten, die sowieso von der Industrie nicht mehr durchgeführt wurden. Nun ist der Grenzwert verschärft und die verbleibenden industriellen Anwendungen streng reguliert. Die EU-Kommission ist auch aufgefordert, die Anwendung der Perfluorooctansäure (PFOA) zu überprüfen. Dies ist ein wichtiger Schritt für mehr Verbraucherschutz.

Mehr Infos: www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2006-0444+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

EU-Quecksilberverbot in weiter Ferne

Mit der Abstimmung zum Verbot von Quecksilber in Messgeräten hat das Europaparlament dem Umwelt- und Gesundheitsschutz in Europa einen Bärendienst erwiesen. Das Parlament ist eingeknickt und hat die Interessen der Industrie höher gestellt als den Verbraucherschutz. Die Abgeordneten haben grünes Licht dafür gegeben, neue Barometer vom geplanten EU-weiten Verbot von Quecksilber in Messgeräten auszuschließen. Dies gefährdet die Übereinkunft zwischen Europaparlament und Rat und lässt das längst überfällige Verbot dieser hochgiftigen Substanz in Messgeräten wie Fieberthermometern und Barometern in weite Ferne rücken. Europaparlament und Rat hatten sich auf einen Gesetzestext geeinigt, der das Verbot der Verwendung von Quecksilber in allen Messgeräten - mit Ausnahme antiker Messgeräte - vorsah. Schäden durch das hochgiftige Quecksilber, unter anderem wenn alte Messgeräte unsachgemäß entsorgt werden, sind ein weltweites Problem, dem nur mit einem umfassenden Verbot begegnet werden kann. Es ist unverantwortlich, dass eine kleine Gruppe von Produzenten neuer Barometer ihre Interessen gegenüber den europäischen Verbrauchern durchgesetzt und dafür den Segen der Abgeordneten bekommen hat.

Mehr Infos: www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2006-0483+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE



Keine Zulassung für Gentech-Kartoffel

Zum ersten Mal seit acht Jahren stand die Zulassung zum Anbau einer gentechnisch veränderten Pflanze wieder auf der EU-Tagesordnung. Die Industrie versucht Sand in die Augen zu streuen, indem sie zunächst nur den Anbau der Gentech-Kartoffel zu Industriezwecken beantragt hat. Sie hat aber selbst zugeben müssen, dass die Kartoffel doch auf den Tellern der Verbraucher landen könnte. Es ist ein Skandal, dass die EU-Kommission trotz fehlender EU-Gesetzgebung zu Koexistenz und Haftbarkeit die gentechnisch veränderte Kartoffel überhaupt zur Entscheidung stellt. Anscheinend soll damit der Boden bereitet werden für die verstärkte Akzeptanz der Gentechnik. Die Gen-Kartoffel darf nicht zum Wegbereiter für mehr Gentechnologie in unserem Alltag werden. Im Ständigen Ausschuss konnte keine eindeutige Entscheidung gefällt werden, deshalb wurde der Antrag nun an die EU-Ratsminister verwiesen.

Infos: http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_6759_de.htm

EU-Handelsverbot für Hunde- und Katzenfelle zu begrüßen

Die von der EU-Kommission vollzogene Kehrtwende für ein EU-Handelsverbot mit Hunde- und Katzenfellen ist außerordentlich zu begrüßen und längst überfällig. Mit Verspätung hat nun auch die EU-Kommission erkannt, dass es widersprüchlich ist, einerseits den Tierschutz in Europa zu betonen, andererseits den Import von Pelzen zuzulassen, die auf solch grausame Art gewonnen werden. Sie hat sich bereits von einzelnen Mitgliedsstaaten überholen lassen, denn Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland und Italien haben schon Importverbote erlassen. Der Vorschlag ist hoffentlich auch der Startschuss für Mindeststandards für Etikettierung von Pelzen. Infos: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/1586&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

EU-Parlament will Klimaschutz zur Richtschnur für die Energiepolitik machen

Mit dem Bericht zur EU-Energiestrategie hat das Europäische Parlament klar gemacht, dass der Klimaschutz Richtschnur für die EU-Energiepolitik sein muss. Energieeffizienz und erneuerbare Energien sollen in der zukünftigen EU-Energiestrategie vorrangig behandelt werden. Der Bericht fordert ein Reduktionsziel von 30% bei den CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020. Dies würde der EU die Führungsrolle beim Klimaschutz garantieren und auch die internationale Klimaschutzpolitik dynamisieren. Ein sektorspezifischer Ansatz für die erneuerbaren Energien ist unabdingbar, wenn wir erreichen wollen, dass bis 2020 gut 25 Prozent des europäischen Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Eine überwältigende Mehrheit der Europa-Abgeordneten hat diesen Vorschlag unterstützt.

Ausführliche Informationen im neuen Faltblatt "Vor dem Kollaps - Wie Klimaschutz gelingen kann" unter Link

Vermeidung muss Priorität in der EU-Abfallrichtlinie haben

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat in diesem Sinne eine Steilvorlage für die Abstimmung im Plenum erarbeitet. Ein erster und wichtiger Schritt ist das Ziel, die Abfallproduktion bis 2012 (im Vergl. zu 2008) zu stabilisieren. Der Ausschuss bestätigte, dass Wiederverwendung und Recycling vor Verbrennung stehen. Verbrennungsanlagen können nicht als Verwertungsanlagen umdefiniert werden. Gefährliche Abfälle müssen nun nachverfolgbar sein. Es fehlen aber messbare Ziele für die nationalen Vermeidungsprogramme und auch eine Recyclingquote konnte nicht durchgesetzt werden. Doch für die nötige Trendwende zu nachhaltigerem Konsumenten- und Produzentenverhalten brauchen wir konkrete Vorschläge, um die Produkteffizienz zu erhöhen und den Materialverbrauch zu reduzieren, und um Verbraucher mit Anreizen zu umweltfreundlichem Einkaufen zu motivieren. Ausführliche Informationen im neuen Positionspapier "EU-Abfallpolitik - Damit nichts auf der Kippe landet" unter www.hiltrud-breyer.de/hbreyer/media/doc/1165930828073.pdf

Legionellen-Problem in Atoanlagen ernst nehmen!

Die Gefahr, die von Legionellen in Kraftwerks-Kühltürmen ausgeht wird noch immer unterschätzt. Die EU-Kommission drückt sich in ihrer Antwort auf eine Dringlichkeitsanfrage vor eindeutigen Auskünften und sieht für sich derzeit keinen Handlungsbedarf. Zwar stellt sie fest, dass das Gesundheitsrisiko für Menschen in unmittelbarer Nähe eines industriellen Kühlturms um ein Mehrfaches höher ist. Bislang sei aber noch kein Fall einer durch Kraftwerkskühltürme verursachten Legionellen-Erkrankung nachgewiesen worden. Es gab zwar Fälle von Legionellose in der Nähe von Kraftwerken; sie konnten allerdings nicht zweifelsfrei dem Kraftwerksbetrieb zugeordnet werden. Es ist empörend, dass die EU-Kommission ihren Kopf gegenüber dieser unerkannten Gefahr in den Sand steckt anstatt Maßnahmen zur Gefahrenprävention zu empfehlen.

Schriftliche Anfrage P3694/96 von Hiltrud Breyer

Hinweise

- Den Überblick behalten: Internetseite der deutschen Ratspräsidentschaft ab 1. Januar 2007 www.eu2007.de
- Fordern I: Positionspapier deutscher Umweltorganisationen www.eu-koordination.de/PDF/Positionspapier_deu.pdf
- Informieren I: Handbuch des Europäischen Umweltbüros zur Europäischen Umweltpolitik nun auf Deutsch www.eeb.org/publication/policy_handbook_german.htm
- Informieren II: BUND-Studie "Gesundheitsschäden durch eine verfehlte Chemikalienpolitik - Kinder besser schützen" www.bund.net/lab/reddot2/pdf/endstation_kind.pdf
- Mitmachen: Kampagne des Pestizid Aktions-Netzwerks www.fao-code-action.info
- Unterstützen: Projekt der Vereinten Nationen zum Schutz der afrikanisch-euroasischen Zugvogelrouten www.flywaysproject.org
- Informieren III: Studie des Öko-Instituts "The Vision Scenario for the European Union" zum Klimawandel finanziert durch die Grünen im Europaparlament www.gruene-europa.de/cms/default/dokbin/157/157647.the_vision_scenario.pdf
- Designen: Wettbewerb für die Entwicklung eines universellen Warnzeichens für Nanotechnologie - Einsendeschluss ist der 8. Januar 2007 www.etcgroup.org/nanohazard
- Fordern II: das Initiativrecht für Bürger/-innen im EU-Gesetzgebungsprozess www.citizens-initiative.eu
- Chemikalien aus dem Alltag verbannen: BUND-Kampagne www.bundgegengift.de
- Nachlesen: Studie zu Umwelt und Innovation - Umweltkonzepte und ihre Auswirkungen auf die EU-Umweltpolitik. www.europarl.europa.eu/compar/envi/pdf/externalexpertise/environment_and_innovation.pdf

Money, Money, Money

- Ausschreibungen rund um den EU-Umweltschutz unter http://ec.europa.eu/environment/funding/intro_de.htm
- Ausschreibungen rund um das Thema Energieeffizienz unter http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/tenders/index_en.htm

Termine

- "Energiesicherheit in und für Europa", vom 19. bis 21. Januar 2007 in der Evangelischen Akademie Loccum www.loccum.de/program/program.html
- Internationale Grüne Woche, vom 19.-28. Januar 2007 in Berlin www.gruenewoche.de
- „European Renewable Energy Policy Conference. Security of Supply, Environmental Protection, Competitiveness“, vom 29.-31. Januar 2007 in Brüssel www.estif.org/fileadmin/downloads/events/2007_European_Renewable_Energy_Policy_Conference.pdf
- 24. UNEP-Sitzung des Globalen Forums der Umweltminister, vom 5.-9. Februar 2007 in Nairobi www.unep.org/gc/gc24/

Termine-Spezial: Deutsche EU-Ratspräsidentschaft

- 29.01. Konferenz: European Renewable Energy Policy, Brüssel
- 01.02. Workshop: Stärkung des Umwelt- und Ressourcenschutzes in der Sicherheitsstrategie, Berlin
- 12.02. Symposium: Time to Adapt Climate Change and the European Water, Berlin
- 20.02. EU-Rat Umwelt
- 22.02. EU-Policy Workshop: Offshore Wind Power Deployment, Berlin
- 05.03. Konferenz: Nachwachsende Rohstoffe - Neue Chancen für den ländlichen Raum, München
- 28.03. Seminar: Aktionsplan Tierschutz, Brüssel
- April Konferenz: Energieeffizienz, Berlin
- April Fachtagung: Global Monitoring for Environment and Security, München
- 23.04. Konferenz: Umwelt und Landwirtschaft, Bonn
- 03.05. Fachkonferenz: Grünbuch Meerespolitik, Bremen
- 07.05. 15. Europäische Biomassenkonferenz, Berlin
- 30.05. Konferenz: Biotechnologie, Köln
- Juni Kombinierte EU-/G8-Konferenz: Energieeffizienz, Berlin
- 03.06. Konferenz: European Sustainability Berlin 2007, Berlin
- 28.06. EU-Rat Umwelt